

986/J XXI.GP

**DRINGLICHE ANFRAGE**

der Abgeordneten Glawischnig, Freundinnen und Freunde

an den Bundeskanzler

***betreffend Versagen der Anti - Atompolitik der Bundesregierung bei der geplanten Fertigstellung des tschechischen AKW Temelin***

Mit der unmittelbar bevorstehenden Beladung des tschechischen Atomkraftwerkes Temelin steht Österreich vor dem Scherbenhaufen seiner Anti - Atompolitik. Für das Kabinett Schüssel ist dies die schwerste umwelt - und außenpolitische Niederlage seit Amtsantritt der schwarz - blauen Bundesregierung. Bundesländer, Umweltorganisationen, die Grünen und die Österreichische Bevölkerung kämpfen seit 15 Jahren gegen das Nuklearprojekt 60 km von der Oberösterreichischen Grenze entfernt.

In den letzten Wochen, Tagen und Stunden überschlagen sich die Geschehnisse und es herrscht dringender Handlungsbedarf für die Österreichische Bundesregierung. Letzte Informationen aus Tschechien besagen, daß die tschechische Atomaufsichtsbehörde SUJP die grundsätzliche Genehmigung für die Beladung mit Brennelementen bereits erteilt hat. Lediglich 2 - 3 Dokumente müssten noch nachgereicht werden. Laut Aussagen von SUJP könne diese Nachreichung innerhalb von Stunden abgeschlossen sein. Für Freitag ist mit einer endgültigen Genehmigung zu rechnen, die Beladung mit Brennelementen wird für Samstag erwartet.

Während über 100.000 Menschen in Tschechien ein Referendum verlangen, macht die Atomlobby rund um den tschechischen Industrieminister Gregr also unglaublichen Druck auf die vorzeitige Fertigstellung und Inbetriebnahme des AKW. Dabei wird mit den Sicherheitsbestimmungen grob fahrlässig umgegangen. Geheimdokumente, die Greenpeace vor 48 Stunden aufdeckte, belegen erhebliche Sicherheitsmängel. Demnach seien während der Abschlußarbeiten am Block 1 „dubiose und unübliche“ Praktiken angewandt worden, die den sicheren Betrieb des Reaktors gefährden und das Risiko eines atomaren Unfalls erhöhen könnten. Der tschechische Energieversorger CEZ verwehrt die Einsicht in die Sicherheitsdokumente und stellt damit Unternehmensgeheimnisse über die Sicherheit und Gesundheit von Bürgern.

**ÖsterreicherInnen werden von der Bundesregierung zu Konsum von Atomstrom genötigt.**

Seit Monaten schnellt der Atomstromanteil im Österreichischen Netz in die Höhe. Jeder Österreichische Haushalt ist derzeit gezwungen, die Atomindustrie mitzufinanzieren. Wenige Wochen nach der Teilliberalisierung des österreichischen Strommarktes im Frühjahr 1999 stieg der Anteil an Atomstrom in Österreich von 1,5 auf vier

Prozent. Mittlerweile ist der Atomanteil im österreichischen Stromnetz auf 10 - 12 Prozent angewachsen. Österreichische Energieversorger sind am besten Wege, die Tür für zukünftige Temelin - Exporte zu öffnen. Durch das Streichen der Anti - Dumping - Bestimmungen im Stromgesetz (Elwog) werden österreichische Stromkunden auf skandalöse Weise dazu genötigt, künftig auch Strom aus Temelin zu akzeptieren.

Bei der niederösterreichischen EVN stammen bereits 17% der elektrischen Energie aus Atomkraftwerken, bei der Wienstrom sind es 13%, bei der Tiroler Tiwag 15%. Die Vorarlberger VKW AG hat mit dem britischen Stromhändler Enron einen Liefervertrag über 30 MW abgeschlossen. Die deutsche Zweigstelle von Enron mit Sitz in Frankfurt verfügt über einen Exklusivvertrag für den Stromexport des tschechischen Energieversorgers CEZ in den Westen.

Am 9. Mai 2000 haben sich Vertreter aller neun österreichischen Landtage in einer gemeinsamen Erklärung an die Bundesregierung dafür ausgesprochen, daß alle Möglichkeiten auszuschöpfen sind, um auf die Stilllegung und Nichtinbetriebnahme insbesondere grenznaher Atomkraftwerke hinzuwirken und daß offensive Verhandlungen auf politischer Ebene mit Tschechien über einen Baustopp von Temelin zu führen sind und im Falle weiterer UVP's eine breite öffentliche Einwendungskampagne in Österreich durchzuführen ist.

#### **Österreichische Firmen im Atomgeschäft**

Österreichische Firmen sind am Bau des Kraftwerkes Temelin selbst und an der Konzeption von Endlagern beteiligt. Die oberösterreichische Firma Elin ist mehrheitlich am Unternehmen EZ - Praha beteiligt, jener tschechischen Firma, die die baulichen Hauptkomponenten für das AKW Temelin liefert. Die Voest bemüht sich um die Auftragserteilung für die Konzeption der Behälter für das Atommüll - Zwischenlager beim tschechischen AKW Dukovany und um die Gesamtkonzeption für das Atommüll - Zwischenlager in der Slowakei. Phillips Österreich betreibt nach Angaben der CEZ die Bauzaun - Überwachung auf der AKW - Baustelle in Temelin.

Ausländische Atomunternehmen kaufen sich verstärkt in österreichische Stromversorger ein. Die steirische Energiegesellschaft Estag wurde bekanntlich bereits 1998 zu 25% vom französischen Atomkonzern EdF übernommen. Auch in Oberösterreich wollen sich nun ausländische Atomriesen einkaufen. So hat der deutsche Atomstromproduzent Bayernwerk Interesse an einer Beteiligung an der OÖ Energiegesellschaft. Derzeit steht einer solcher Beteiligung noch ein ausdrücklicher Verbotsbeschluß des OÖ LT entgegen, ÖVP und FPÖ versuchen jedoch bereits den Weg freizumachen für Atomstrom nach OÖ. Durch vollmundige Aussagen in der Öffentlichkeit lassen Regierungspolitiker die österreichische Bevölkerung, die Atomkraft mehrheitlich ablehnt, im Glauben, Österreich kämpfe engagiert gegen die gefährliche Kernkraft. Gleichzeitig öffnen Politik und Wirtschaft eine Hintertür nach der anderen, um Atomstrom nach Österreich hereinzulassen oder durchzuleiten und sich am Atomgeschäft zu beteiligen.

**Damit wird die endgültige Inbetriebnahme des AKW Temelin erst ermöglicht, denn das Kraftwerk wird ausschließlich für den Export fertiggestellt.**

Im Jahr 2000 will die CEZ 8TWh und 2001 bereits 12 TWh exportieren, das entspricht ca. 80% der Temelin - Produktion.

Der 400 Milliarden Schilling schwere französische Atomriese EdF steht kurz vor dem Einstieg in die tschechische Stromgesellschaft CEZ. Die tschechische Regierung bereitet eine Totalprivatisierung des tschechischen Stromversorgers und aller acht regionalen Verteilergesellschaften vor. Ein diesbezügliches Gesetz soll im Frühherbst beschlossen werden. Mit der Finanzmacht der EdF im Rücken werden massive Exporte von Temelin - Strom den EU - Markt mit „billigem“ Atomstrom überschwemmen. Nach Angaben der CEZ sind Italien, Deutschland und Österreich Hoffnungsmärkte. Ohne Hilfe von Aussen wäre die CEZ in einer finanzielle prekären Situation.

***In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten folgende***

**ANFRAGE:**

Im Sommer 1999 wurde von der Bundesregierung und in Folge vom Nationalrat einstimmig ein Aktionsplan zur Anti - Atompolitik verabschiedet. Darin wurde insbesondere der Bundesminister für Wirtschaftliche Angelegenheiten aufgefordert beim Vollzug des österreichischen Stromgesetzes (Elwog) hinsichtlich des Imports von Atomstrom strenge Maßstäbe anzulegen.

1. Wieso hat die Bundesregierung unter klarer Mißachtung dieses Auftrags eine Novelle zum Elwog im Ministerrat beschlossen und dem Nationalrat vorgelegt, worin die zur Erfüllung dieses Auftrages notwendigen „Anti - Dumping - Bestimmungen“ gestrichen werden?

Darüber hinaus hat die Bundesregierung im oben angeführten Aktionsplan versprochen, „die Regelungen der anderen Mitgliedsstaaten der EU zu analysieren und nötigenfalls für effektive gesamteuropäische Anti - Dumping - Regelungen einzutreten.“

2.a. Was haben diese Analysen ergeben?

2.b. Welche konkreten Initiativen in Richtung Anti - Dumping - Regelungen wurden ergriffen?

2.c. Glauben Sie, daß diese Bemühungen erleichtert werden, wenn Österreich selbst gleichzeitig seine Anti - Dumping - Regelungen abschafft?

Der Anti - Atom - Aktionsplan sieht weiters vor, daß KonsumentInnen, die Atomstrom nicht beziehen wollen, eine allenfalls entstehende finanzielle Mehrbelastung nicht überwiegend selbst zu tragen haben.

3. Warum haben Sie diesen Auftrag im Ministerratsbeschluß zur Elwog - Novelle schlicht ignoriert?

Weiters heißt es im Aktionsplan, daß "Österreich im Rahmen der vorhandenen Mittel selbst auch finanzielle Unterstützung für die Erarbeitung und Umsetzung umfassender und zukunftsverträglicher Energiestrategien der beitriftswilligen Staaten bereitstellen und für eine derartige Unterstützung aus dem Gemeinschaftsbudget eintreten wird.

4.a. Welche konkreten Projekte hat Österreich unterstützt?  
Bitte legen Sie bei jedem einzelnen Projekt die Höhe der finanziellen Unterstützung dar.

4.b. Welche Schritte und Initiativen hat Österreich im Rahmen der EU gesetzt?

Weiters enthielt der Anti - Atom - Aktionsplan den klaren Auftrag an die Bundesregierung, in Koordination mit Deutschland „ein fiktives Genehmigungsverfahren für das KKW Temelin als Modellfall für den vom Rat der Europäischen Union geforderten Stand der Technik durchzuführen und so alle noch bestehenden Defizite klar und eindeutig aufzulisten. (...) Sollte bei dieser Überprüfung nicht nachgewiesen werden können, daß Temelin diesem Stand der Technik entspricht, wird Österreich unverzüglich bilateral und auch im Rahmen der Europäischen Union die tschechische Regierung darauf hinweisen, daß der Stand der Technik eine Voraussetzung für eine Mitgliedschaft zur Europäischen Union ist.“

5.a. Halten Sie es für ausreichend, daß die damals ressortzuständige Bundesministerin nach mehrmonatiger Verzögerung die Umsetzung der gegenständliche Strategie mit einem einzigen Brief versucht hat?

5.b. Was haben Sie als Bundeskanzler unternommen, um dem Auftrag in diesem Punkt nachzukommen?

Die FPÖ ist immer dafür eingetreten, die Nicht - Inbetriebnahme von Temelin strikt mit der Zustimmung Österreichs zum EU - Beitritt Tschechiens zu junktimieren.

5.c. Hat sie sich mit dieser Position in der Bundesregierung durchgesetzt?

6. Teilen Sie somit die Einschätzung, daß die Bundesregierung keinen einzigen Punkt des Anti - Atom - Aktionsplans erfolgreich umgesetzt hat?

7. Glauben Sie, daß bei einer konsequenten Umsetzung des Anti - Atom - Aktionsplans die Fertigstellung des AKW Temelin zumindest erschwert hätte werden können?

8. Wie oft waren Sie seit Sie Bundeskanzler sind in Tschechien, um sich in persönlichen Verhandlungen mit den Temelin - Befürwortern in der tschechischen Regierung gegen die Fertigstellung des AKW Temelin einzusetzen?

9. Wie oft haben sie mit dem tschechischen Premier Milos Zeman über die österreichische Position zur Fertigstellung des AKW Temelin gesprochen?

Sie haben gestern in einer Aussendung angekündigt, daß sich nun auch die Frau Aussenministerin Ferrero - Waldner in der Temelin - Frage einschalten wird.

10. Welche Schritte hat die Aussenministerin gesetzt und mit welchem Ergebnis?

11. Waren Ihnen die jetzt von Greenpeace aufgedeckten gravierenden Sicherheitsmängel in der aktuellen Testphase des Block 1 des AKW Temelin bekannt?

12. Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, nachdem diese Informationen an die Öffentlichkeit gelangt sind?

***In formeller Hinsicht wird die dringliche Behandlung dieser Anfrage unter Verweis auf § 93 Abs 2 GOG verlangt.***